

Pressemitteilung, 01.12.2000

Mit Stoibers breiter Unterstützung: Deutscher Orden außer Kontrolle

Ziel muss Rettung der Einrichtungen und Arbeitsplätze sein - SPD-Landtagsfraktion: Vor Hilfsaktionen müssen erst alle Fakten auf den Tisch - Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten sicherstellen - SPD-Anfragen

Wieder einmal haben Ministerpräsident Stoibers Extratouren den Freistaat Bayern in ein fragwürdiges finanzielles Abenteuer getrieben: Stoiber hat den Deutschen Orden nach Bayern geholt und befürwortet, dass er den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhielt. Wie sich jetzt herausstellt, hatten aber offensichtlich weder kirchliche Stellen noch die Staatsregierung die Möglichkeit, das seit Wochen im Zwielficht stehende wirtschaftliche und finanzielle Gebahren des Deutschen Ordens zu überwachen oder gar einzugreifen. Mit den „Folgekosten“ dieser Stoiber'schen Aktion muss sich nun nach dem Willen der SPD-Landtagsfraktion jetzt das Parlament befassen, wobei nach Meinung von SPD-Wirtschaftssprecher **Dr. Heinz Kaiser**, Finanzsprecher **Johannes Strasser** und Rechtsexperte **Dr. Klaus Hahnzog** (er ist zugleich Betreuungsabgeordneter im Landkreis Miesbach, in dessen Gemeinde Weyarn der Deutsche Orden seit 1998 seinen Firmensitz hat), erst alle Karten auf den Tisch müssen und zugleich das unkontrollierte und selbstherrliche Wirtschaften des Deutschen Ordens beendet werden muss, bevor über Hilfe geredet werden kann. **Sitzverlegung nach Weyarn versüßt - mit dem Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts** Der Deutsche Orden - Brüder vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem - Deutsche Provinz - hat seit 1993 rund 120 Kranken-, Alten- und Sozialeinrichtungen erworben, in denen rund 5 500 Mitarbeiter beschäftigt sind. 1998 übersiedelte er von Frankfurt in das oberbayerische Weyarn (Landkreis Miesbach), nachdem ihm unter Befürwortung von Stoiber - der CSU-Chef ist „Familiare“ im zugehörigen Freundeskreis „Deutschherrenbund e. V.“, der Laienorganisation des Deutschen Ordens - von der Staatsregierung der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen wurde. Auskunft darüber gibt eine Antwort des bayerischen Kultusministeriums vom Oktober 1999: „Ministerpräsident Dr. Stoiber hat die

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Anerkennung der Brüderprovinz des Deutschen Ordens als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Zusammenhang mit der Sitzverlagerung von Frankfurt nach Bayern wegen des großen sozialen Engagements des Ordens befürwortet. Er war jedoch nicht am formellen Anerkennungsverfahren, das vom damaligen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst durchgeführt wurde, beteiligt.“ Mit der Verleihung erlangte - so die Ministeriums-Antwort - der Deutsche Orden zunächst einmal die Rechtsfähigkeit. Weitere Vorteile sind „ein Bündel besonderer Rechte“, wozu auch besondere Steuer- und Gebührensätze gehören. Das Ministerium: „Da keine Staatsaufsicht über die kirchlichen Einrichtungen besteht, sind auch keine Risiken für den Staat erkennbar. Der Freistaat Bayern haftet für die Verbindlichkeiten des Deutschen Ordens ebenso wenig wie für die Verbindlichkeiten der Kirchen...“ **Weder Kirche noch Staat kontrolliert** ... Die Wirtschaftlichkeit der Investitionen des Deutschen Ordens steht seit Monaten zur Debatte. Bereits seit Juni 2000 berichten „Süddeutsche Zeitung“, „Die Woche“, „Der Spiegel“ und „Stern“ immer wieder von Schwierigkeiten und Ungereimtheiten. Diese Berichte waren Auslöser für eine umfassende Schriftliche Anfrage von SPD-Wirtschaftssprecher Heinz Kaiser vor drei Monaten. Eine Antwort liegt bislang nicht vor. Die letzte erbetene Fristverlängerung ist am (gestrigen) 30. November abgelaufen. Seit gut zehn Tagen werden auch die finanziellen Schwierigkeiten des Deutschen Ordens diskutiert. Am 30. November hat der Deutsche Orden bekannt gegeben, dass den Beschäftigten weder die Gehälter noch das Weihnachtsgeld ausbezahlt werden könne. Der Deutsche Orden sei jedoch nicht zahlungsunfähig. Nach eigenen Angaben ist der Deutsche Orden als Körperschaft des Öffentlichen Rechts auch nicht konkursfähig. Dies würde nach Meinung von Heinz Kaiser und Johannes Strasser bedeuten, dass der Deutsche Orden davon ausgeht, dass der Freistaat in die Bresche springen muss. Die Staatsregierung hat aber genau diese Risiken bisher verneint. Sicher ist für die SPD-Abgeordneten, dass sich weder Staatsregierung noch Kirche um die mannigfaltigen Aktivitäten des Deutschen Ordens gekümmert haben. Nach Auffassung der Staatsregierung habe der deutsche Orden seine „Angelegenheiten selbstständig (zu) ordnen und verwalten“. Das Erzbistum München-Freising teilte mit, dass der Deutsche Orden als „Exempter-Orden“ nicht der Aufsicht des Ortsbischofs unterliege und insbesondere in allen wirtschaftlichen Fragen außerhalb kirchlicher Kontrolle arbeite, weshalb eine finanzielle Unterstützung durch das Erzbistum „illusionär“ sei. **Im Parlament müssen die Karten auf den Tisch** Abgesehen von der Frage, ob der Freistaat jetzt auf Grund des Rechtsstatus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in die Bresche springen muss, müssen nach Meinung der Landtags-SPD die Einrichtungen des Deutschen Ordens mit seinen vielen Arbeitsplätzen erhalten werden. Vor jeglichem Engagement des Freistaates aber ist nach Meinung von Johannes Strasser und Heinz Kaiser unverzichtbar, dass alle Karten auf den Tisch

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

kommen und dass eine künftige Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten des Deutschen Ordens sichergestellt ist. SPD-Haushaltssprecher Johannes Strasser hat bereits eine Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen beantragt, in der darüber beraten werden muss. **Heinz Kaiser mahnt Antworten an: Ungereimtheiten erklären** Die längst überfälligen Antworten der Staatsregierung auf seine Anfrage von vor drei Monaten mahnt nun SPD-Wirtschaftssprecher Dr. Heinz Kaiser nachdrücklich an. Seiner Meinung nach gibt es in Zusammenhang mit der Umsiedlung des Deutschen Ordens nach Bayern viele Ungereimtheiten Heinz Kaiser: „Insbesondere hätte der Deutsche Orden sorgfältiger geprüft werden müssen, auch wenn Herr Stoiber ihn unbedingt nach Bayern haben wollte.“ Zu den offenen Fragen gehören: Hat der Freistaat oder Ministerpräsident Dr. Stoiber dem Deutschen Orden Geld gespendet, und wenn ja, wann und wie viel? Inwiefern kann Ministerpräsident Dr. Stoiber rechtfertigen, Mitglied in einem Orden zu sein, gegen dessen Finanzchef Bernhard Veit die Staatsanwaltschaft Koblenz wegen Untreue in 33 Fällen ermittelt und der das Startkapital für die Deutsch-Ordens Hospitalwerk GmbH (DOH) von der Caritas Trägergesellschaft Trier (CTT) geliehen hat, dessen Geschäftsführer Hans Joachim Dörfert wegen Verdachts auf Bestechung, Betrug und Veruntreuung in Untersuchungshaft sitzt? Inwiefern hat das Auslagern von Diensten in den Gesundheitseinrichtungen des Deutschen Ordens an das Luxemburger Unternehmen Thiel Logistik AG und deren Tochterfirmen Auswirkungen auf die Arbeitsverträge, die Gehälter und den Arbeitsort der Beschäftigten? **Christliche Nächstenliebe oder finanzielle Dummheit zu Lasten Bayerns?** Nach Meinung der SPD-Landtagsfraktion hat Ministerpräsident Stoiber den Freistaat mit der Befürwortung des Rechtsstatus der Körperschaft des Öffentlichen Rechts für den Deutschen Orden wieder einmal in möglicherweise teures finanzpolitisches Abenteuer getrieben. Zwar gilt auch für Stoiber die Auskunft des Kultusministeriums: „Nach dem Statut für die Familiaren haben sich die Laienmitglieder des Deutschen Ordens zum christlichen Glauebn zu bekennen, für die Verbreitung einer christlichen Gesinnung einzusetzen und sich in christlicher Nächstenliebe zu betätigen.“ „Christliche Nächstenliebe ist aber etwas anderes als finanzielle Dummheit zulasten des Freistaates Bayern“, meint Johannes Strasser. Mit freundlichen Grüßen

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de